

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementpreis im Monat einschließlich Bringerlohn 1 Mark, bei Selbstabholung 80 Pfg.; mit der illustrierten Wochenbeilage Neue Welt einschließlich Bringerlohn 1.10 Mk., bei Selbstabholung 1 Mk. — Durch die Post bezogen vierteljährlich 3 Mk., für 1 Monat 1 Mk. (Bestellgeld vierteljährlich 42 Pfg., monatlich 14 Pfg.).

Redaktion:
Leipzig, Tauchaer Straße 10/21.
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig.
Fernsprecher: 18088.

Inserate kosten die 7gespaltene Zeitspalte oder deren Raum 30 Pfg., bei Flugschrift 35 Pfg. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Preis für das Bellegen von Prospekten ist bei der Gesamtauflage 4.— Mk. jedes Tausend, bei Teilaufgabe 5.— Mk. — Schluss der Annahme von Inseraten für die fällige Nummer früh 9 Uhr.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag in Leipzig, Tauchaer Straße 10/21, Fernsprecher: 4506 • Inseraten-Abteilung Fernsprecher: 2721.

Verwickelte Lage in Rußland.

Die neuesten Meldungen.

Unruhen in einem schwedischen Dragonerregiment.

Kopenhagen, 1. Mai. Berlinische Tidende meldet aus Malmö: Beim Dragonerregiment in Malmö waren in letzter Zeit Anzeichen von Unruhe zu beobachten. Um Kundgebungen zu vermeiden, erklärte sich der Regimentskommandeur bereit, eine Soldatenabordnung zu empfangen, um deren Klagen und Wünsche anzuhören. Die Soldaten wählten eine Abordnung von 10 Mann, die dem Kommandanten eine lange Reihe von Wünschen vortrug, darunter humanere Behandlung der Soldaten durch die Offiziere, Verdoppelung der Ration, reichlicheres Essen, Freilassung eines wegen Ungehorsams verhafteten Soldaten. Der Kommandeur schute die Erfüllung dieser Wünsche ab.

Die Brotrationierung in England.

Amsterd., 1. Mai. Anterhauser Courant meldet aus London: In Beantwortung einer Anfrage teilte das Bäckereibüro mit, dass die Brotrationierung in England nicht so streng ist, wie man glaubt. Die Rationierung soll eine gerechte Verteilung in allen Bezirken sichern. Auch die Preisfrage soll erwidert werden. Die Einführung eines breiteren Tagesbrottes ist für unzumutbar. Auch der Preisfrage hat sich nicht bewährt, da er zu gesteigertem Brotverbrauch geführt habe.

Argentinische Lebensmittel für Spanien.

Bern, 1. Mai. Temps berichtet aus Buenos Aires: Der Lebensmittelminister gibt bekannt, daß er die Ausfuhr von 35 000 Tonnen Weizen und 15 000 Tonnen Korn nach Spanien gestatten werde. Die Regierung werde gleichfalls die Weizenausfuhr nach Brasilien gestatten, unter der Bedingung, daß Brasilien den Differenzialtarif aufhebe, durch den die nordamerikanische Einfuhr begünstigt würde.

Der bulgarische Meeresbericht.

Sofia, 1. Mai. Generalstabesbericht vom 30. April. Mazedonische Front: Auf der ganzen Front ziemlich schwache Kampfaktivität, die besonders gekennzeichnet war durch vereinzeltes Artilleriefeuer, das nur im Cerna-Bogen lebhafter war. Lebhafteste Tätigkeit in der Luft an der ganzen Front. Zwei feindliche Flugzeuge wurden in Luftkämpfen im Cerna-Bogen und östlich von Cerna abgeschossen. — Rumänische Front: Bei Tulcea Gewehrfeuer zwischen Posten. Bei Iacova vereinzelte Kanonenschüsse.

Versehen!

Kopenhagen, 2. Mai. (D. Z. B.) Das dänische Ministerium des Meereswesens meldet, daß das dänische Segelschiff Savilla (1421 Tons), auf der Reise von Buenos Aires nach Dänemark mit Maisladung, im Atlantischen Ozean versenkt worden ist.

Die französische Mission in Washington.

Washington, 2. Mai. (Meutermeldung.) Biviani und Jaffre wurden vom Senat empfangen, der die Verhandlungen über die militärischen Vorlagen aufhob, um seine Gäste zu begrüßen.

Eine italienische Abordnung für Amerika.

Rom, 2. Mai. (D. Z. B.) Von halbamtlicher Seite wird mitgeteilt, daß die Abordnung, deren Abreise nach den Vereinigten Staaten bevorsteht, von dem Prinzen von Udine, Sohn des Herzogs von Genoa, geleitet sein wird. Außerdem gehören ihr an: der Unterstaatssekretär im Ministerium des Meereswesens, der Senator Guglielmo und Marconi, die Abgeordneten und ehemaligen Minister Cuffelli und Miti. Minister Cristofa, der sich schon in Amerika befindet, wird gleichfalls der Abordnung angehören.

Eine Vorstellung der spanischen Regierung.

Madrid, 2. Mai. Wegen der Versenkung des spanischen Rüstungsschiffes Triana ist die spanische Regierung in Berlin vorstellig geworden. (Frankf. Zig.)

Der deutsche und der österreichische Tagesbericht vom 1. Mai befanden sich auf der 3. Seite.

Der heutige deutsche Tagesbericht liegt bei Abschluss der Nummer noch nicht vor.

Russische Revolution und Friedenskonferenz.

Aus Petersburg kommt heute eine Meldung vom 1. Mai, die die fortwauernde Unsicherheit der politischen Verhältnisse hell beleuchtet. Die offizielle Telegraphenagentur Rußlands bringt sie wie folgt:

Der ausführende Rat der Arbeiter- und Soldatenabgeordneten ließ heute in der Stadt folgende Kundgebung ansagen:

Gestern haben sich mehrere behaverliche Zwischenfälle in der Hauptstadt ereignet. Ein junger unbekannter Mann übte den General-Kaschalin. Auf eine Gruppe von Leuten, die politische Kundgebungen im Stadtwinkel Wassilj Skrow veranstalteten, wurden Schüsse abgegeben und dabei Bomben geworfen. Einige Personen, die sich als Mitglieder des ausführenden Ausschusses ausgaben, verhafteten den Besitzer eines Grundstücks, Sabjenski. Andre Unbekannte rissen Offiziere die Ärmelstücke ab.

Einzig und allein Geistesgestörte oder Feinde der nationalen Freiheit konnten diese aufrührerischen Handlungen begehen, die gegen den Rat der russischen Revolution verstoßen. Der ausführende Rat verurteilt sie streng und ruft alle Bürger auf, sie zu verhaften; denn derartige Handlungen erzeugen Anarchie und zerstören die revolutionären Kräfte.

Aus der Bekanntmachung ist nicht zu ersehen, von welcher Seite die Handlungen ausgingen, die der Rat perurteilt. Wir können also vorläufig kein klares Urteil über die Vorgänge gewinnen. Nach einer Meldung der Frankfurter Zeitung aus Stockholm erscheint in Petersburg ein neues sozialistisches Blatt, Rommune, dessen Haltung noch radikalere als die der Prawda sei, unter Leitung Lenin. Es fordere offen die Nichtbeachtung der Vorschriften des Arbeiterrats, die Verhaftung der provisorischen Regierung, den sofortigen Abbruch des Krieges und feindliche Kundgebungen gegen Amerika.

Die Frage des Wahlsystems zur konstituierenden Versammlung rückt in den Vordergrund. Ruoter Blätter melden aus Petersburg: Die Regierung richtete an alle sozialistischen und politischen Körperschaften einen Fragebogen bezüglich der Bemerkungen, die diese anlässlich des Wahlverfahrens für die verfassunggebende Versammlung geltend machen könnten. — Eine Zusammenkunft von Bauernabgeordneten in Petersburg, die die Einberufung einer allgemeinen Zusammenkunft der russischen Bauern auf den 1. Mai alten Stils beschloß, fordert u. a., daß die Altersgrenze für die Wahlfähigkeit zur verfassunggebenden Versammlung auf 18 Jahre heruntersetzt werde, daß auf 150 000 Seelen ein Abgeordneter komme und daß das Meer an den Wahlen teilnehmen solle. Die Versammlung wird eine Wahlordnung in Übereinstimmung mit den Soldatenvertretern ausarbeiten.

Schwere Arbeit macht der Regierung die Reorganisation der Armee. Nach einer Berliner Meldung ist eine Vorlage über das neue Disziplinarrecht fertiggestellt. Sie sieht in der Hauptsache aus: Soldaten und Offiziere bestehende Gerichte vor und zwar für jedes Regiment und jedes Bataillon ein. Die Komitteesgerichte werden vom Kriegsminister gebildet, die Regimentsgerichte von der provisorischen Regierung. Die Kommission erkannte die Rechte der Soldaten an, die ihnen durch den ersten Erlass des Rats der Petersburger Arbeiter und Soldaten eingeräumt wurden. Die Soldaten erhalten damit alle bürgerlichen Rechte. Von derselben Kommission wird die Erhöhung des Soldes gefordert. Diese wird nach den Verhandlungen mit dem Finanzminister in der nächsten Zeit bekanntgegeben werden. Der Arbeiter- und Soldatenrat habe dieser Vorlage zugestimmt.

Von weiteren Meldungen geben wir die folgenden:

Eine Rede des Generals Gurko.

Petersburg, 1. Mai. (Meldung der Petersburger Telegraphenagentur.) General Gurko fand sich in einer geschlossenen Sitzung des Kongresses der Armee der Westfront ein und hielt eine lange Rede, in der er die Abgeordneten zu ihren fruchtbringenden Arbeiten beglückwünschte und sie bat, die Entschuldigungen des Kongresses der Soldaten getreulich zu erläutern. Er machte Maßnahmen namhaft, um die militärische Macht der russischen Armee aufrechtzuerhalten und gab dann Einzelheiten über die große Schlacht, die sich an der englisch-französischen Front entwickelt hätte und wo die geschlagenen Deutschen endlich ihre Handlungsfreiheit verlieren hätten. Gurko ermahnte die Soldaten und Offiziere, alles zu tun, was in ihren Kräfte stünde, damit Rußland nicht unter das feindliche Joch gerate. Der Kongreß brachte Gurko lange und begeisterte Duldigungen dar.

Der Kongreß beschloß unter anderem, den Soldaten volle Freiheit in allen Angelegenheiten zu verbürgen, ferner ihnen

das Recht zu bewilligen, außer Dienst Zivilkleidung zu tragen, den militärischen Gruß und die Einrichtung der Aulpasser und Ordnungen, ebenso wie die Bevorzugung von Soldaten, der sogenannten freien Angeworbenen, abzuschaffen.

Die Lage bleibt verwickelt.

Bern, 1. Mai. (D. Z. B.) Corriere della Sera meldet aus Petersburg, die Lage in Rußland bleibe verwickelt, es wäre ein unverzeihlicher Irrtum, die Fehler und Ungewissheiten auch bezüglich des Krieges zu übersehen. Die Regierung sei sicherhaft mit der Reorganisation des Heeres beschäftigt. Der frühere Kriegsminister Wassiljanoff werde sich als ständiger Vertreter der Regierung in das Hauptquartier begeben. Als Ergebnis der langen Inspektionsreise des Kriegsministers seien 140 Offiziere und 23 Generale abgesetzt worden.

Die französischen Widerheitssozialisten sollen nach Ruoter Meldungen die Verschickung der Stockholmer Friedenskonferenz fordern. Longuet, einer ihrer Führer, habe die telegraphische Bitte an Fronting und Tschidch gerichtet, sie möchten die Vertagung des internationalen Bureau bis zum 10. April vortragen, weil die französischen Sozialisten zum 27. Mai den Nationalrat einberufen werden. Die erbetene Drahtantwort sei bisher ausgeblieben.

Camille Surawons ist auf dem Wege nach Stockholm in Kopenhagen eingetroffen. Er erklärte dem Korrespondenten des Sozialdemokraten, der Standpunkt des internationalen Bureau zur Friedensfrage sei, den Krieg ohne Angliederungen zu beendigen und einen solchen Frieden zustande zu bringen, daß nicht nur dieser Krieg, sondern Kriege überhaupt beseitigt würden.

Vom Tage.

Das Oberkommando in den Marken hat den Kundgebungen des Generals Erdner gegen die Streiks jetzt eine neue Aktion folgen lassen, von der es sich anseheind besondere Erfolge verspricht. Es setzt 3000 Mk. Belohnung aus für den, der einen der Agenten im feindlichen Dienste zur Strafverfolgung bringe, die im Gewande bürgerlicher Pieder Männer, politischer Agitatoren, ja auch in selbstgrauer Mäntel ihr hochverräterisches Handwerk treiben. Das Oberkommando geht davon aus, daß „unsre Feinde am Werke“ sind, „im deutschen Volk Unzufriedenheit und Zwietracht zu erregen. Deutschland soll um die Früchte seiner mit großen Opfern an Blut und Gut erzwungenen Erfolge gebracht werden“. Selbstverständliche Pflicht jedes Deutschen sei es, zur Enttarnung der feindlichen Agenten beizutragen.

Wir müssen uns eine Besprechung dieser Bekanntmachung versagen und können nur auf die Ausführungen unserer Parlamentarier in der Reichstagskommission verweisen, die die Streiks nicht erörterte.

Eine Folge hat übrigens der Erlass bereits gehabt. In einer Notiz ihrer Abendausgabe vom 1. Mai, überfrieben: Agenten des Auslandes, erzählt die Deutsche Tageszeitung ohne Namensnennung, daß in einer Stadt Thüringens ein solcher Agent des Auslandes die Arbeiter in öffentlichen Kassen mit denselben Behauptungen bearbeitete, mit denen die Feinde gegen Deutschland heften. Folgen dann einige, anseheind entstellte und aus dem Zusammenhang gerissene Ausserungen, die vermutlich in einer Versammlungsgrede getan worden sind. Als Trumpf fügt das agrarische Blatt hinzu, daß es sich dabei um einen deutschen Abgeordneten, der der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft angehört, handle.

Trotz dieser verübten Demuniation, die noch verstärkt wird durch die Bemerkung, daß die angeführten Ausserungen nicht mehr und nicht weniger als Landesverrat bedeuten, läßt sich das Blatt nicht verpflichten, Namen zu nennen. Vielleicht entfählet es sich dazu nachträglich?

Ueber die preussische Wahlreform ist ein Debate entbrannt, die darüber hinaus auch die politische Neuordnung des Reiches mit ergrift. Aus nationalliberalen Kreisen kommen Ausserungen, die ein Abwenden mit der Forderung des gleichen Wahlrechts in Preußen bedenten. So behauptete die Königsche Zeitung, daß die preussische Regierung bereits erkannt habe, daß das Pluralwahlrecht unüberwindliche Schwierigkeiten biete, und daß daher ein gleiches Wahlrecht mit der Sicherung der Proporzvertretung in Aussicht genommen sei. Am Tag hat Oberbürgermeister Volkmar-Böhl gezeigt, wie unmöglich ein auf Mehrstimmen für Besitz und Bildung